

Ruswil: Informationsveranstaltung zur Asyl-Notunterkunft

# Zentrum Wolfsmatt im Gegenwind

Am Montagabend fand in der Mehrzweckhalle, exakt über der zukünftigen Notunterkunft, eine Information zum Thema statt. Die Skepsis im Publikum war gross.

Josef Stimmann-Maurer

Der riesige Aufmarsch von rund 700 Personen und einige ausserkantonale Autoschilder auf dem Parkplatz zeigten: Diese Veranstaltung war ein Treffpunkt nicht nur für interessierte, betroffene und besorgte Ruswilerinnen und Ruswiler, sondern auch für einen betont asylkritischen Personenkreis aus der weiteren Umgebung. Die knapp dreistündige Versammlung verlief ruhig.

## Vollzug einer Bundesaufgabe

Silvia Bolliger, stellvertretende Departementssekretärin und Leiterin Kommunikation im Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern, stellte vorerst klar: Im Asylwesen vollzieht der Kanton die geltende Bundesgesetzgebung, an der er nichts ändern kann, und erst recht keinen Einfluss hat er auf die Ursache, nämlich auf die weltweiten Migrationsströme. Kurz: Es geht um die Ausführung einer Aufgabe im Dienste des Bundes. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) verteilt Asylsuchende gemäss Schlüssel an die Kantone; dem Kanton Luzern trifft es knapp fünf Prozent. Die ersten Wochen verbringen Asylsuchende in einem Kantonszentrum, das heisst im Sonnenhof Emmen, im Hirschpark Luzern oder im neuen Zentrum Rothenburg Station. Den weiteren Verlauf des Asylverfahrens warten dann vor allem die jungen männlichen Asylbewerber in einer temporären Unterkunft ab, zum Beispiel in einer Zivilschutzanlage. Das ist zwar keine ideale Lösung, aber anders sind die vielen Menschen nicht unterzubringen – im



Blick in die Asyl-Notunterkunft, die Mitte Februar unter der Mehrzweckhalle eröffnet wird. Foto Monika Burger

Jahr 2015 hat sich die Zahl von Asylsuchenden im Kanton von rund 900 auf das Doppelte erhöht. Die Zahlen sind schwankend: Allein im November 2015 mussten zum Beispiel 300 neue Betten gefunden werden.

## Klare Rahmenbedingungen

Die Möglichkeit, in einer Zivilschutzanlage eine Notunterkunft zu führen, beruht auf einem Regierungsratsbeschluss vom September 2014. In der Ruswiler Wolfsmatt werden ab Mitte Februar rund 100 Afghanen, Syrer und Iraker wohnen. Dafür sind in der bestehenden unterirdischen Zivilschutz-Sanitätsstelle Investitionen von rund 100 000 Franken nötig:

Küche, Duschtrennwände, Telefonie, Fernsehen und Internet, Brandschutzeinrichtungen sowie ein Container neben dem Eingang für den Aufenthalt bei Tageslicht.

Gemeindepräsident Leo Müller erwähnte die Bedingungen der Gemeinde Ruswil für die Inbetriebnahme der Unterkunft: Ein- und Ausgang beim heutigen Notausgang Nord-Ost, also weit entfernt vom Eingang der Mehrzweckhalle, deren Betrieb nicht gestört werden darf. Auch der Bau der Dreifachsporthalle darf nicht beeinträchtigt werden. Die maximale Betriebszeit ist anderthalb Jahre, und es dürfen keine Kinder untergebracht werden. Die Gemeinde

scheidet sensible Zonen aus, die von den Asylsuchenden nicht betreten werden dürfen, zum Beispiel Schul- und Sportanlagen, Spielplätze oder das Jugendlokal. Eine Begleitgruppe mit Mitgliedern der Behörde, der Anwohner, der Sportvereine und der Polizei bleibt mit der Unterkunftsleitung in ständigem Kontakt.

## Gute Erfahrungen in andern Zentren

Den konkreten Betrieb schilderte Marco Fellmann, seit kurzem Standortleiter einer gleichen Unterkunft in Beromünster, vorher in Dagmersellen. Die Asylunterkunft kennt einen straffen 24-Stunden-

und 7-Tage-Betrieb. Für die Sicherheit ist zusätzlich ein privater Sicherheitsdienst zuständig. Die Bewohner sind zu Rücksichtnahme und Toleranz verpflichtet, erledigen alle Hausarbeiten selber sowie gemeinnützige Einsätze zugunsten der Standortgemeinde und der umliegenden Gemeinden, treiben Sport und besuchen einen obligatorischen Deutschunterricht.

Von konkreten Erfahrungen mit einer solchen Asylantenunterkunft erzählte der Dagmerseller Gemeindepräsident Philipp Bucher. In seinem Dorf waren von Dezember 2014 bis letzten Monat zwar nicht hundert, sondern fünfzig Asylbewerber untergebracht. «Das Ganze verlief, kurz gesagt, einfach problemlos! Die fremden Menschen waren natürlich im Dorf präsent, waren immer höflich und zurückhaltend, man sah sie beim Sport, sie kamen mit den Einheimischen und mit Vereinen zunehmend in Kontakt, sie halfen bei sportlichen Grossereignissen in der Vorbereitung oder in der Küche, und einmal pro Monat gab es einen Treff zwecks gegenseitigem Kennenlernen und Austausch. Die sensiblen Zonen und die Sicherheitsüberwachung wurden nach und nach reduziert, und am Ende der Betriebsdauer sprach sich der Dagmerseller Pfarreirat sogar für eine Verlängerung aus.» Ebenfalls von guten Erfahrungen sprach schliesslich Kaspar Hodel, Regionenchef der Luzerner Polizei in Willisau. «Mit den gegenwärtig betriebenen Asyl-Notunterkünften hat die Polizei praktisch keine Probleme.» Selbstverständlich würde aber im Bedarfsfall, das heisst bei einer Meldung auf die Nummer 117, sofort ausgerückt.

## Vorschlag: Bald wieder orientieren

In der Diskussion wurde Gemeindepräsident Leo Müller darauf angesprochen, dass Ruswil mit den bisher gegen hundert Asylsuchenden und dem neuen Zentrum sein Soll bei weitem übertrifft. Richtig, lautete die Antwort, aber der Kanton habe nun einmal das Recht zu dieser Massnahme, und im Gegenzug würde die Gemeinde Ruswil finanziell profitieren (siehe nebenstehende Box). Auf eine weitere Frage konnte Theo Glanzmann, der anwesende Leiter Infrastruktur des kantonalen Zivilschutzes klären, dass mit dieser Unterkunft kein Zivilschutzplatz für Einwohner von Ruswil belegt werde, sondern lediglich eine nicht benötigte Sanitätshilfsstelle. Weitere Votanten sprachen von Ängsten, besonders von jungen Frauen, und von der Ausländerkriminalität ganz allgemein. Die positive Erfahrungsberichte aus Dagmersellen und von der Polizei, aber auch von einer Frau aus dem Publikum wurden rundweg als Schönfärberei bezeichnet. Und so bleibt aus der Diskussion vor allem ein wichtiger konstruktiver Vorschlag: Die Gemeinde solle doch bald, schon nach wenigen Monaten, wieder eine Informationsveranstaltung zu den aktuellen Erfahrungen in Ruswil einberufen.

## Kanton Luzern weist Asylsuchende zu

Mit dem neuen Sozialhilfegesetz und der neuen Kantonalen Asylverordnung per 1. Januar 2016 haben sich die Grundlagen zur Gemeindeverteilung von Personen aus dem Asylbereich geändert. Wie die Dienststelle Soziales und Gesellschaft mitteilt, hat der Kanton Luzern die Gemeindeverteilung nach diesen neuen Grundlagen umgesetzt und 49 Gemeinden aufgefordert, innert zehn Wochen insgesamt rund 500 Unterkunftsplätze bereitzustellen.

### Neuer Verteilschlüssel

Auf Wunsch der Gemeinden beinhaltet der neue Verteilschlüssel nebst Asylsuchenden auch Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene. Den Verteilschlüssel legt die Regierung periodisch fest. Dieser basiert auf der vom Staatssekretariat für Migration (SEM) prognostizierten Zahl der neu einreisenden Asylsuchenden sowie der voraussichtlichen Schutzanerkennungsquote. Auf-

grund dieser Prognosen ist der Verteilschlüssel für das Jahr 2016 mit 4900 Personen berechnet, welche prozentual zur Bevölkerungsstärke auf die Gemeinden verteilt werden – pro 1000 Einwohner müssen zwölf Personen aus dem Asylbereich aufgenommen werden. Für die Zuweisungen an die Gemeinden ist die Dienststelle Soziales und Gesellschaft zuständig. Der Zuweisungsentcheid entspricht einer organisatorischen Anordnung, analog der Zuweisung des Bundes an die Kantone. Die Gemeinden können dagegen keine Rechtsmittel ergreifen.

Mit einer schrittweisen Auslösung der Gemeindeverteilung wird dem Umstand Rechnung getragen, dass nicht alle Plätze zum gleichen Zeitpunkt bereit stehen müssen. Die Ersatzabgaben werden an jene Gemeinden umverteilt, die ihr Aufnahmesoll übererfüllen. Mit der Gemeindeverteilung sind Gemeinden verpflichtet, bewohnbaren Raum, entsprechend den Mietzinsrichtlinien für

Sozialhilfeempfänger, zu vermitteln oder selber bereit zu stellen. Für die wirtschaftliche Sozialhilfe und die Betreuung bleibt der Kanton Luzern während den ersten zehn Jahren zuständig.

### Ersatzabgabe

Mit dem neuen Sozialhilfegesetz ist auch eine Ersatzabgabepflicht eingeführt worden. Gemeinden, die ihr Aufnahmesoll nicht erfüllen, werden nach Ablauf der zehnwöchigen Frist ab 4. April 2016 zahlungspflichtig. Die Höhe der Ersatzabgaben beträgt pro Tag und Person für die ersten beiden Monate 10 Franken; ab dem dritten bis zum vierten Monat 20 Franken; ab dem fünften bis zum sechsten Monat 30 Franken; ab dem siebten Monat 40 Franken.

### Kanton betreut in Eigenregie

Ab 2017 erbringt der Kanton Luzern die Flüchtlingsbetreuung in Eigenregie. Seit 1. Januar 2016 wird bereits die Aufgabe der Unterbringung und Betreuung von

Asylsuchenden durch den Kanton selber erbracht. Mit dem Zusammenschluss der beiden Aufgaben werden Schnittstellen abgebaut und der Mitteleinsatz im Asyl- und Flüchtlingsbereich weiter optimiert. EO

### Aufnahme von Asylsuchenden

Nachfolgend eine Übersicht in den Regionengemeinden. In den Zahlen enthalten sind Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene. Stand 31. Dezember 2015 (Lustat Luzern).

| Gemeinde     | Soll | Ist  | Saldo |
|--------------|------|------|-------|
| Buttisholz   | 39   | 8    | -31   |
| Ettiswil     | 31   | 13   | -18   |
| Grosswangen  | 37   | 44   | 7     |
| Menznau      | 35   | 16   | -19   |
| Neuenkirch   | 77   | 29   | -48   |
| Nottwil      | 41   | 25   | -16   |
| Ruswil       | 81   | 100  | 19    |
| Werthenstein | 24   | 24   | 0     |
| Wolhusen     | 50   | 66   | 16    |
| Kanton       | 4635 | 3651 | -989  |

## Lesermeinungen

### Grosses Unbehagen verspürt

... was ich noch sagen wollte: Hundert Männer aus Syrien, Afghanistan und Irak kommen Mitte Februar nach Ruswil. Es sind Menschen, die in ihrem Heimatland an Schutz, Freiheit und Leben bedroht sind. Sie alle haben einen langen Weg der Flucht, Angst und Ungewissheit hinter sich. Als Ruswiler Bürgerin bin ich stolz auf die Werte der Schweiz mit ihrer christlichen Grundhaltung und ihrer Solida-

rität. Diese Werte habe ich im Publikum (Infoveranstaltung am Montagabend) vermisst. Im Gegenteil: Angst und Ignoranz standen im Vordergrund. Die hilfesuchenden Menschen wurden teilweise bereits im Voraus zu Kriminellen verurteilt.

Diese hundert Männer kommen nach Ruswil, an dieser Tatsache gibt es nichts mehr zu ändern. Ich bin der Meinung statt im halben Dorf sensible Zonen einzurichten, sollte die Bevölkerung die Chance packen und sich zum Ziel setzen, positive Schlagzeilen zu

Schreiben. Wir sind ein gut funktionierendes Dorf. Ich bin überzeugt, dass wir diese Aufgabe mit gegenseitiger Unterstützung, Offenheit und durch eine aktive Kontaktaufnahme lösen werden.

Am Montagabend hatten alle Anwesenden die Gelegenheit sich zu äussern. Ich verspürte ein grosses Unbehagen, da viele negative Gedanken vorhanden waren. Mit diesem Leserbrief drücke ich aus, was mir an der Versammlung buchstäblich im Hals stecken blieb.

Mit Schweigen verändere ich die Situation nicht. Hoffentlich spreche ich soli-

darisch mit vielen anderen Besuchern und Besucherinnen der Veranstaltung denen ähnliche Gedanken wie mir durch den Kopf gingen.

Irene Wolfisberg Lütolf, Ruswil

### Wir tragen unseren Teil dazu bei

Der Informationsanlass zur Asyl-Notunterkunft in Ruswil am Montagabend hat aufgezeigt, dass Fakten und Sachlichkeit einen schweren Stand haben

gegenüber gefassten Meinungen und Vorverurteilungen. Was einem Angst machen könnte sind die harten Voten der Ablehnung. Sie sprechen von Asylbewerbern und meinen damit Verbrecher und potenzielle Kriminelle. Dem ist nicht so. Es kommen Menschen, schicksalhaft in der Schweiz gelandet auf der Suche nach Schutz und Sicherheit. Ich bin zuversichtlich, dass es uns in Ruswil gelingen wird, mit der Unterstützung vieler unseren Teil dazu beizutragen.

Lis Haupt, Ruswil